



**Erklärung von Botschafter Eberhard Pohl,  
Stellvertretender Politischer Direktor,  
in der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE, Arbeitssitzung I  
Wien, 14. Juni 2010**

Transnationale Bedrohungen sind auf der Tagesordnung aller Sicherheitsorganisationen nach oben gerückt. Die heutigen Gastredner haben dies in Erinnerung gerufen. Von nicht-staatlichen Akteuren ausgehende, grenzübergreifende Sicherheitsgefahren wie Terrorismus, Drogen- und Menschenhandel und Organisierte Kriminalität stellen gerade im Raum der OSZE akute Herausforderungen dar. Seit gut einem Jahrzehnt unterstützt auch die OSZE die internationalen Bemühungen, diesen neuen grenzüberschreitenden Gefahren gemeinsam und damit überhaupt erst wirksam zu begegnen.

Im Korfu-Prozess haben alle Teilnehmerstaaten von Anfang an ein eindeutiges Leitmotiv für Beiträge der OSZE unterstrichen: Konzentration auf Aktivitäten mit echtem Mehrwert, auch durch verstärkte Abstimmung mit anderen internationalen Akteuren, allen voran den VN.

Das gemeinsame Verständnis des Potenzials der OSZE konnte nach unserem Eindruck durch die Korfu-Beratungen der vergangenen Monate geschärft und konkretisiert werden:

Die OSZE ist eine Regionalorganisation mit einer großen politischen und geografischen Reichweite und einem mehrdimensionalen Sicherheitsbegriff. Sie hält zwischen ihren Teilnehmerstaaten politische Verbindungen bereit, die in flexibler Weise für den Austausch von Expertise und Erfahrungen, aber auch zur Vermittlung bei der Umsetzung internationaler Standards oder gemeinsam mit anderen, spezialisierten Organisationen für Kapazitätsaufbau genutzt werden können. Ein hervorragendes Beispiel für diesen Mehrwert der OSZE war aus unserer Sicht zuletzt die OSZE Arbeitstagung zur Förderung des ICAO *Public Key Directory*. Wir treten dafür ein, dass dieses besondere Profil der OSZE in eine Fortschreibung der „Maastricht Strategie“ aus dem Jahr 2003 als Leitlinie für alle OSZE-Maßnahmen zu transnationalen Bedrohungen deutlich zum Ausdruck gebracht wird.

Ein geschärfter Blick für die einschlägige Rolle der OSZE ist ein gutes Zwischenergebnis, aber noch kein Beitrag zur internationalen Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung.

Die erkannten Mehrwerte müssen jetzt mit mehr Konsequenz und mit mehr Mut zur Prioritätensetzung in die Tat umgesetzt werden. Dies gilt nicht nur für thematische Aktivitäten, sondern genauso für die innere Aufstellung der Organisation und ihr Zusammenwirken mit anderen Akteuren, vor allem mit UNODC und dem Europarat. Die jüngsten Vorschläge des Generalsekretärs in seinem Bericht vom 11. Juni werden wir daraufhin sorgfältig prüfen und auswerten.

Wir sehen für die kommenden Jahre die folgenden Prioritäten: Die OSZE hat besondere und anerkannte Expertise und Kapazitäten auf dem Gebiet der Grenzsicherheit und der Polizeischulung. Aus diesem Grund unterstützt Deutschland beispielsweise die neue Institution des *OSCE Border Management Staff College* in Duschanbe. In Athen haben wir mit anderen eine Initiative für die Konsolidierung und strategischere Ausrichtung der OSZE-Polizeiarbeit auf den Weg gebracht. Hier könnten wir uns beispielsweise auf die Annahme eines Aktionsplans oder eines neuen Rahmendokuments verständigen. Wir sehen auch die praxisorientierten Beiträge von ODHIR für eine Berücksichtigung von menschen- und rechtsstaatlichen Standards bei Präventions- und Ermittlungsmaßnahmen. Auch das von Deutschland in der Vergangenheit geförderte Programm der *ATU (Action against Terrorism-Unit)* zur Dokumentensicherheit hat eine Querschnittsfunktion.

Alle diese Bereiche sind nach unserer Auffassung zentrale „Katalysatoren“ für die Bemühungen um eine nachhaltige Bekämpfung von Terrorismus, Drogen- und Menschenhandel, Organisierter Kriminalität und Korruption. Dies rechtfertigt und verlangt, dass die OSZE bei diesen Themen auch weiterhin ihre Schwerpunkte setzt.

Wenn unsere Minister in Kürze in Almaty über den vom Vorsitz vorgeschlagenen Gipfel sprechen, dann sollten transnationale Herausforderungen als ein wichtiger Baustein für eine substanzielle Gipfelagenda vereinbart werden.